

Gauting Windkraft: Zukunft Gauting fordert Klageverzicht in offenen Brief

Neuer Appell an Bürgerinitiative in Gauting: Beschluss akzeptieren und Klage vermeiden - Verhärtung und Polarisierung verhindern.

Appell an Bürgerinitiative: Beschluss akzeptieren, nicht klagen

Die Diskussion um das Bürgerbegehren zur Windkraft in Gauting nimmt eine neue Wendung. Der Verein Zukunft Gauting hat in einem offenen Brief an die Bürgerinitiative Umwelt-Energie-Gauting appelliert, von einer Klage abzusehen. Ihr Ziel ist es, eine weitere Spaltung der Gemeinde zu verhindern.

Der richtige Weg für die Gemeinde

Die B rgeroffensive Zukunft Gauting fordert die BI auf, den Beschluss des Gemeinderats zu akzeptieren, anstatt dagegen zu klagen. Sie betonen, dass die Genehmigung der geplanten Windkraftanlagen nicht vom Gemeinderat, sondern vom Landratsamt abhängt. Es sei daher sinnvoller, andere Wege zu finden, um gegen die Planung vorzugehen.

Der Verein unterstreicht, dass die BI die Möglichkeit habe, im Genehmigungsverfahren Einwände vorzubringen und im Zweifelsfall zu klagen. Sie betonen die Notwendigkeit, konstruktiv und verantwortungsbewusst mit dem Thema umzugehen, um die Gemeinde nicht zu spalten.

Aufruf zur Deeskalation

Zukunft Gauting warnt vor einer weiteren Verschärfung der Situation und betont die Bedeutung eines respektvollen Umgangs miteinander. Der vereinseigene Referent wurde in der Vergangenheit beschädigt, was als bedrohliches Signal gewertet wird. Die BI wird gleichzeitig aufgefordert, ihrer Verantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben gerecht zu werden, insbesondere bei kontroversen Themen wie der Windkraft.

Ein weiteres Problem liegt laut Zukunft Gauting darin, dass viele Bürger, die das Begehren unterzeichnet haben, sich getäuscht fühlen. Sie waren sich der genauen Umstände der Windkraftplanung nicht bewusst und hätten ihre Unterschrift möglicherweise nicht geleistet, wenn sie besser informiert gewesen wären.

Konstruktiver Dialog als Lösung

Die BI weist die Vorwürfe der Täuschung zurück und betont, dass sie im Rahmen eines rechtsstaatlichen Vorgehens handeln. Sie lehnen Drohungen und Sachbeschädigungen strikt ab und plädieren für einen konstruktiven Dialog. Dennoch bleibt der Zugang zur Informationen durch die Gemeinde eingeschränkt, was die Situation erschwert.

Letztendlich liegt es an allen Beteiligten, eine offene Kommunikation zu führen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die für alle Seiten akzeptabel sind. Nur durch eine respektvolle und transparente Zusammenarbeit kann eine nachhaltige und erfolgreiche Entscheidung getroffen werden.

NAG

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de